

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Juni 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres, Gerd (SPD)	16, 17	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	7, 13
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	6, 49	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	5, 15
Börnßen, Arne (Ritterhude) (SPD)	10, 11	Dr. Mattered, Dietmar (SPD)	8
Dr. Diederich, Nils (Berlin) (SPD)	36, 37	Meckel, Markus (SPD)	23
Erler, Gernot (SPD)	26, 27	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	9, 35
Harries, Klaus (CDU/CSU)	14	Ostertag, Adolf (SPD)	18, 19
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	38	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	45, 46
Kirschner, Klaus (SPD)	28, 29	Dr. Sperling, Dietrich (SPD)	33, 34
Klemmer, Siegrun (SPD)	4, 40	Stiegler, Ludwig (SPD)	1, 20
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	30	Wallow, Hans (SPD)	41, 42
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	22, 47	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	31, 32
Kubatschka, Horst (SPD)	2, 39	Zierer, Benno (CDU/CSU)	3, 21
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	12, 48	Zurheide, Burkhard (F.D.P.)	43, 44
Kuhlwein, Eckart (SPD)	24, 25		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|---|
| <p>1. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)</p> | <p>Wie ist der Stand der Verhandlungen zum Abschluß von Rückübernahmevereinbarungen mit Bulgarien, Rumänien, Österreich, CSFR und der GUS, und was wird unternommen, um mit diesen Ländern eine Struktur zur Bekämpfung illegaler Schlepperorganisationen aufzubauen?</p> |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|--|
| <p>2. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)</p> | <p>Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Umtauschgarantie für Kunden zu erhalten, obwohl die Originalverpackung beim Kauf im Geschäft zurückgelassen wurde, wie es die Verpackungsverordnung für Umverpackungen ab 1. April 1992 vorsieht?</p> |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|--|
| <p>3. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)</p> | <p>Mit welcher genauen Begründung vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß die finanziellen Belastungen der deutschen Einheit nicht nur auf Angestellte und Arbeiter, sondern auch auf Beamte, Unternehmer und Freiberufler jeweils gerecht verteilt werden?</p> |
| <p>4. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)</p> | <p>Welche nach Staaten aufgeschlüsselte Übersicht kann die Bundesregierung abgeben über von den vier Alliierten in Berlin bereits oder bis Ende 1992 zurückgegebene Liegenschaften, und wird der im Besitz des Bundes verbleibende Wohnraum dem allgemeinen Mietwohnungsmarkt zur Verfügung stehen, oder treffen Meldungen zu, daß er an beim Bund Beschäftigte vergeben wird, von denen es bereits mehr als 2300 Antragsberechtigte in Berlin gibt?</p> |

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD) | Welche Aufgaben sollen die Management-KG im Auftrag der Treuhandanstalt übernehmen? |
| 6. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie würde sich eine Verwirklichung des Delors-II-Paketes der EG-Kommission auf die jeweiligen Bundeshaushalte bis zum Jahr 2000 und auf die mittelfristigen Finanzplanungen auswirken, und wie nimmt die Bundesregierung angesichts des 2,5 %-Ausgabenzuwachsbegrenzungsbeschlusses hierzu Stellung? |
| 7. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Womit begründet die Bundesregierung den besonders groben Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, wonach Heimatvertriebene, die nicht das Glück hatten, vor Schließung der Zonengrenze den westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen, von jeder Lastenausgleichsleistung ausgeschlossen sein sollen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 8. Abgeordneter
Dr. Dietmar
Matterne
(SPD) | Welchen Anteil hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Bertram Wiczorek, am Zustandekommen von Zusagen der Bundesregierung über Hermeskreditbürgschaften in einer Gesamthöhe von 100 Mio. DM für verschiedene Unternehmen der Textilindustrie im Freistaat Sachsen? |
| 9. Abgeordneter
Christian
Müller
(Zittau)
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die GUS zu unterstützen, um deren großen Ersatz- und Neubedarf an rollendem Material für den Schienentransport in den kommenden zehn Jahren zu befriedigen? |
| 10. Abgeordneter
Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD) | Anerkennt die Bundesregierung aus industrie- und verkehrspolitischen Gründen die Notwendigkeit des Erhalts der Waggonbaukapazitäten in Ostdeutschland? |

- | | |
|--|--|
| 11. Abgeordneter
Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD) | Hält die Bundesregierung eine Sanierung und Modernisierung der Waggonbauindustrie in Ostdeutschland für erforderlich, um eine Privatisierung erfolgreich durchführen zu können? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Trifft es zu, daß die Lieferung von deutschem Minensuchgerät zur Unterstützung der Räumung der Tausenden von Minen im kurdischen Nordirak verboten ist? |
| 13. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Hält nicht die Bundesregierung angesichts der dramatischen Entindustrialisierung weiter Regionen in den neuen Bundesländern eine Differenzierung bei der Regionalförderung für dringend erforderlich, um zu verhindern, daß diese langfristig katastrophale Entwicklung verhindert wird? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, daß die Bundesanstalt für Arbeit z. B. in Halle an der Saale für ihre dort abgeordneten Mitarbeiter an das Landesarbeitsamt für deren Unterbringung in Einzimmerappartements Mieten in Höhe von 5800 DM pro Wohnung und darüber bezahlt? |
| 15. Abgeordneter
Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD) | Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, damit die Erziehungszeiten den Müttern, die ihre Kinder wegen der Verfolgung durch den Nazi-Terror im Ausland zur Welt bringen mußten, anerkannt werden? |
| 16. Abgeordneter
Gerd
Andres
(SPD) | Wie hoch ist die Gesamtzahl ausländischer Arbeitnehmer, die in Werksarbeitsvertragsverhältnissen aufgrund bilateraler Verträge in 1992 in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden können, aufgeschlüsselt nach Herkunftsländern und Wirtschaftssektoren? |

- | | |
|--|--|
| <p>17. Abgeordneter
Gerd
Andres
(SPD)</p> | <p>Welche Kontroll- und Regulierungsinstrumente bestehen, um die Zahl, die Beschäftigungsdauer, die Einhaltung bestimmter Beschäftigungsstandards von ausländischen Werkarbeitnehmern wirkungsvoll zu steuern, und welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat ihr verstärkter Einsatz?</p> |
| <p>18. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD)</p> | <p>Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß insbesondere in den neuen Bundesländern bei der Auszahlung von bewilligten Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Lohn- und Gehaltszahlungen für ABM-Projekte) noch immer Zahlungsverzögerungen von mehreren Monaten auftreten, und durch welche Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich der Organisationsstraffung, will die Bundesregierung gewährleisten, daß der Rechtsanspruch der bewilligten Leistungen unverzüglich eingelöst wird?</p> |
| <p>19. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD)</p> | <p>Ist der Bundesregierung bewußt, daß den betroffenen Personen bzw. Projekten durch den Auszahlungsverzug der bewilligten Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhebliche wirtschaftliche Probleme entstehen, und wie beurteilt die Bundesregierung in dem Zusammenhang die Forderung nach einer erheblich verbesserten Personalausstattung der Arbeitsämter mit dem Ziel, die zweifellos schwierigen Aufgaben gemäß den Vorgaben des Arbeitsförderungsgesetzes lösen zu können?</p> |
| <p>20. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD)</p> | <p>Wie ist der Stand der Bewilligung von ABM-Maßnahmen im alten Bundesgebiet, und was unternimmt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeit-Arbeitslosigkeit auch in den alten Ländern, insbesondere im ehemaligen Zonenrandgebiet zu finanzieren?</p> |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| <p>21. Abgeordneter
Benno
Zierer
(CDU/CSU)</p> | <p>Welcher Schaden entsteht dem Bund jährlich infolge der Nichtveräußerung der im Marinestützpunkt Peenemünde liegenden rund 50 Schiffe der ehemaligen Volksmarine, die laut Vortrag des Kommandeurs Stützpunktkommando an interessierte Nationen veräußert bzw. abgegeben werden könnten, um hohe laufende</p> |
|---|---|

- Kosten und den bereits abzusehenden vollständigen Wertverlust zum Schaden des Bundes zu vermeiden, und ist das Auswärtige Amt/der Bundesminister für Wirtschaft bereit, die Veräußerung der Schiffe zu ermöglichen?
22. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Warum erlauben die gegenwärtigen Bestimmungen der Bundeswehr keine randlosen Brillen oder Brillen mit Kunststoffgläsern bzw. Metallfassung?
23. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wann die sowjetischen Truppen die Truppenübungsplätze in Ostdeutschland räumen, und welche Konzeption hat die Bundesregierung insbesondere für die weitere Nutzung des Truppenübungsplatzes Groß-Dölln, unter spezifischer Berücksichtigung der Frage, ob eine weitere militärische Nutzung durch die Bundeswehr beabsichtigt ist?
24. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Trifft es zu, daß die türkischen Besatzungstruppen in den von der Türkei besetzten Gebieten der Republik Zypern u. a. auch Waffen und Ausrüstung deutschen Ursprungs stationiert haben, und handelt es sich gegebenenfalls auch um Material, das von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO-Militärhilfe an die Türkei geliefert worden ist?
25. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft sicherzustellen, daß Waffen und Ausrüstung deutschen Ursprungs bzw. im Rahmen der NATO-Militärhilfe geliefertes Material nicht bei Aktionen eingesetzt werden, die – wie die anhaltende Besetzung des nördlichen Zypern durch die Türkei – dem Völkerrecht widersprechen?
26. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß mit der Regierung von Finnland ein Vertrag über die Lieferung von Waffen aus Beständen der ehemaligen NVA abgeschlossen wurde, der auch die Lieferung von annähernd 100 Kampfpanzern des Typs T-72 enthält, während die Abgeordneten des Deutschen Bundestages laut den ihnen vorliegenden Informationen davon ausgehen mußten, daß keine TLE-relevanten Waffensysteme Gegenstand der Lieferung sein würden?
27. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchen anderen Fällen gibt es Zusagen oder werden Verhandlungen darüber geführt, TLE-relevante Waffen an NATO- bzw. Nicht-NATO-Länder zu liefern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

28. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Für welche Daten werden von den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen für die Kostenerstattungsbereiche Zahnersatz/Zahnkronen und Kieferorthopädie noch eigene Statistiken geführt, und mit welchen Auswertungsergebnissen fließen diese in statistische Aufbereitungen ein?
29. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Regelungen für mehr Kostentransparenz und Eigenverantwortung der Versicherten haben die Vertragspartner der kassenzahnärztlichen/vertragszahnärztlichen Versorgung in das Abrechnungsverfahren der Kostenerstattungsbereiche der §§ 29, 30 SGB V – seit Inkrafttreten des SGB V – eingeführt?
30. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung den besonders gelagerten Einzelfall, der sich dadurch ergibt, daß durch die Wiedervereinigung von Staaken (Berlin) das Krankenhaus in Staaken in absehbarer Zeit nicht mehr dem Land Brandenburg zur Verfügung steht, aufgrund des Einigungsvertrags als Anlaß für einen gezielten Einsatz von Bundesmitteln, damit in Nauen rechtzeitig ein leistungsfähiges Krankenhaus wiedererrichtet wird, und damit die Versorgung des Landes Brandenburg im Bereich des Krankenhauswesens gewährleistet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

31. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzel
(SPD)
- Welche „systembedingten Leistungsgrenzen“ (Drucksache 12/2616) bezüglich des möglichen Ausbaus der vorhandenen Schienenstrecken in Mecklenburg-Vorpommern (Lübeck – Rostock – Stralsund – Saßnitz; Stralsund – Greifswald – Pasewalk – Grambow – Stettin; Stralsund – Neubrandenburg – Berlin; Neubrandenburg – Güstrow etc.) sieht die Bundesregierung, die die geplante A 20 als „nahezu einzige leistungsfähige Ost-West-Fernverkehrsverbindung“ erscheinen lassen?

32. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung eine parallel zur Küste verlaufende Autobahn für eine „leistungsfähige Hinterlandverbindung“, die die Attraktivität des Schiffsverkehrs auf der Ostsee steigern soll, wenn die Bundesregierung zugleich zu bedenken gibt, daß eine deutliche Verlagerung des Güterverkehrsanteils an der Ostsee auf die Schifffahrt aus den „Quelle-Ziel-Strukturen der Transportströme“ nicht erreichbar sei?
33. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Zahlen über die Bedarfsschätzungen/Einkaufsplanungen insbesondere für rollendes Material der Deutschen Bundesbahn für die kommenden Jahre vor?
34. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die zur Bedarfsdeckung in den kommenden Jahren vorhandenen Produktionskapazitäten vor allem für rollendes Material in den alten Bundesländern für ausreichend?
35. Abgeordneter
**Christian
Müller
(Zittau)**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Bedarfszahlen für den Ersatz- und Neubedarf an schienenengebundenen Personenfahrzeugen für den öffentlichen Personennahverkehr in den neuen Bundesländern für die nächsten zehn Jahre vor?
36. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)**
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Bedarf an Güter- und Personenwagen in Westeuropa für die kommenden zehn Jahre?
37. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)**
(SPD)
- In welchem Verhältnis steht dieser Bedarf zu den vorhandenen Produktionskapazitäten in den einzelnen EG-Staaten?
38. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Welche Zukunftschancen räumt die Bundesregierung angesichts des bestehenden Konkurrenzdruckes der Werften und Häfen dem Hafen Mukran, besonders im Zusammenhang mit Transporten in die baltischen Staaten, ein?

39. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil eines Frankfurter Schöffengerichtes vom Mai 1992, das einen Alkoholwert von bereits 0,45 Promille eines unfallverursachenden Autofahrers als strafverschärfend gewertet und damit die Aussagen eines Sachverständigen übernommen hat, daß vor allem geringe Alkoholmengen zu enthemmtem und viel zu schnellem Fahren führen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

40. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)

Welche Angaben kann die Bundesregierung treffen, aufgeschlüsselt nach Anzahl der Blöcke und Megawatt-Leistung, bezüglich der Kernkraftwerke, die auf dem Gebiet der GUS, der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken und der übrigen Staaten Osteuropas entweder abgeschaltet werden, im Normalbetrieb laufen, sich in der Planung oder im Bau befinden oder deren Planung oder Bau gestoppt wurden?

41. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Welche finanziellen Verpflichtungen bis zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung bei der UNCED-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro übernommen?

42. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Welche weitergehenden Erfolge sind gegenüber den bereits in den fünf Vorkonferenzen erreichten Ergebnissen im Sinne der Zielsetzung der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro erzielt worden?

43. Abgeordneter
**Burkhard
Zurheide**
(F.D.P.)

Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um Textilreinigungsbetrieben finanziell zu helfen, wenn deren Betriebsgenehmigungen aufgrund des Vollzuges der Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Verordnung zur Immissionsbegrenzung von leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen vom 1. Januar 1993 bei weiterer Verwendung leichtflüchtiger Halogenkohlenwasserstoffe (in der Hauptsache FCKW) erlöschen werden?

44. Abgeordneter
**Burkhard
Zurheide**
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung Übergangshilfen für solche Betriebe, die aufgrund der vorbezeichneten Vorschriften Umstellungsmaßnahmen durchführen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

45. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Grenzabfertigung des Lkw-Verkehrs von der Bundesrepublik Deutschland nach Polen zu Wartezeiten von 10 bis 12 Stunden führt, und daß inzwischen auch Hilfskonvois der caritativen Organisationen in die ehemaligen GUS-Staaten beim Transit durch Polen oft stundenlang kontrolliert werden?
46. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen?
47. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Sind der Bundesregierung durch die deutsche Botschaft in Bangkok Erkenntnisse bekannt, daß im Zentralgefängnis von Bangkok während der Demonstrationen gegen die thailändische Regierung über tausend Demonstranten inhaftiert wurden und es dabei zu menschenunwürdigen Schikanen gekommen ist, und sind der Bundesregierung Erkenntnisse bekannt, nach denen bei den Demonstrationen in Thailand und dem Massaker durch das Militär deutsche Staatsangehörige Schaden erlitten haben?
48. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß es in Georgien auch unter dem jetzigen Präsidenten Schewardnaze politische Gefangene gibt und daß Menschenrechtsverletzungen erfolgen?
49. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- In welche Länder sind bisher Atomwissenschaftler der ehemaligen Sowjetunion mit dem Ziel abgewandert, ihr Wissen weiterzugeben, und bei welchen 15 heutigen Schwellenländern besteht bis zur Jahrhundertwende die Möglichkeit, über eigene Atomwaffen zu verfügen?

Bonn, den 12. Juni 1992

